

DEMOKRATIEVERTRAUEN UND DEMOKRATIEAKZEPTANZ IN DEN NEUEN LÄNDERN

Werner J. Patzelt

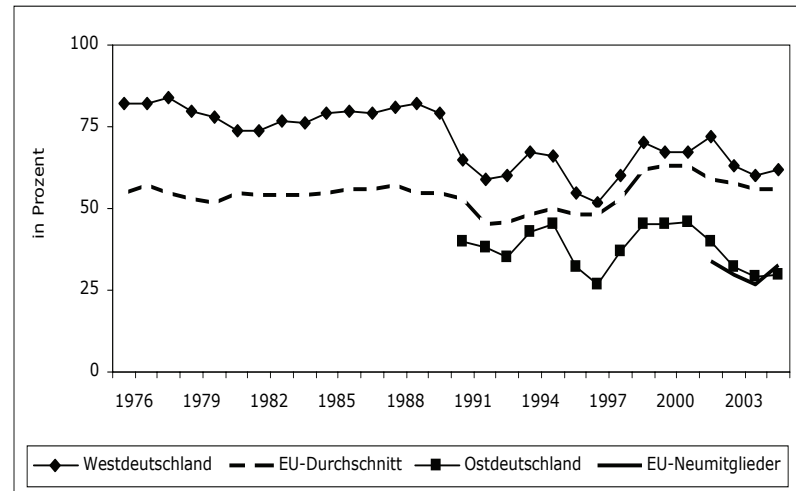
Worauf sollten politische Entscheidungsträger und Personen mit öffentlichem Einfluss achten, wenn sie in den neuen Bundesländern der Stabilisierung von Demokratie dienen wollen? Die Antwort ergibt sich einesteils aus einer Bestandsaufnahme zum Demokratievertrauen und zur Demokratieakzeptanz in den neuen Bundesländern, andernteils aus einer Betrachtung wahrscheinlicher Ursachen der bestehenden Lage und ihrer Entwicklung.¹

1. DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT IN DEUTSCHLAND

Die Ausgangsdaten finden sich in der Grafik 1. Sie zeigt, wie sich in Westdeutschland sowie im EU-Durchschnitt zwischen 1976 und 2005 sowie in Ostdeutschland seit 1991 die Demokratiezufriedenheit entwickelt hat. Der Befund könnte nicht klarer sein: In Westdeutschland sank die Demokratiezufriedenheit in der – gerade auch vom Diskurs um „Politikverdrossenheit“ gekennzeichneten – ersten Wahlperiode nach der Wiedervereinigung erdrutschartig ab, nachdem sie jahrelang stabil weit über dem EU-Durchschnitt gelegen hatte; in Ostdeutschland liegt sie konstant um rund zwanzig Prozentpunkte unter den westdeutschen Werten; und im Auf oder

Ab der Demokratiezufriedenheit gibt es strikte Parallelität zwischen den Bürgern der alten und der neuen Bundesländer. Wir haben also eine gesamtdeutsche Entwicklung vor uns – und zugleich eine besondere Lage in Ostdeutschland.

Grafik 1: Demokratiezufriedenheit in Deutschland und Europa



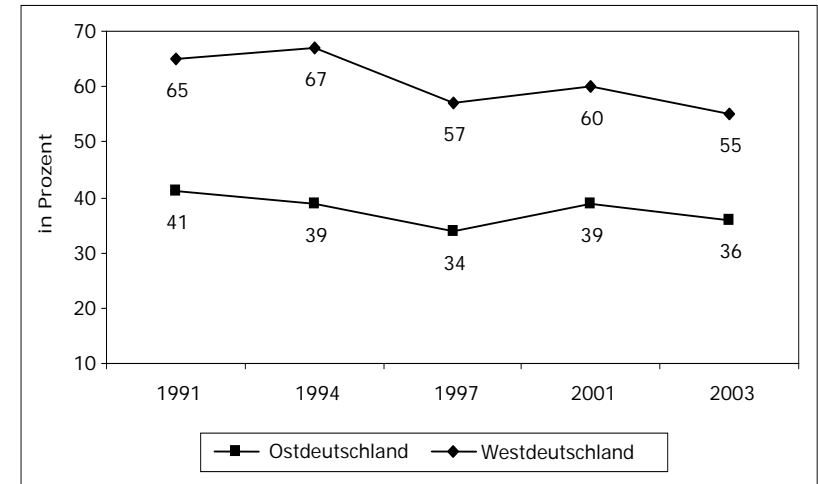
Antworten auf die Frage: „Sind Sie mit der Art und Weise, wie Demokratie in (Land) funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?“ Dargestellt sind die addierten Prozentanteile „sehr zufrieden“ und „ziemlich zufrieden“.

Datenbasis: The Mannheim Eurobarometer Trend File 1970-1999, Eurobarometer 2000-2005.

Quelle: Schröder, Klaus: *Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung*. – München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 2006. – S. 494.

Obendrein hat zwischen 2002 und 2004 unter allen „alten“ EU-Staaten gerade in Deutschland die Demokratiezufriedenheit am meisten abgenommen: nämlich um nicht weniger als fünfzehn Prozentpunkte. In Österreich und Belgien, an zweitschlechtester Stelle, ging die Demokratiezufriedenheit nur um jeweils acht Prozentpunkte zurück – und in Griechenland sogar um elf Prozentpunkte nach oben.² Selbst wenn der in Grafik 1 für 2005 sichtbare deutsche Aufschwung sich fortsetzen sollte, erweisen solche Befunde Deutschland als einen Sonderfall, wo – trotz nachweislich leistungsfähiger Demokratie – es mit der Wertschätzung dieser Staatsform wirklich nicht zum Besten steht.

Grafik 2: Demokratie als Problemlöserin?



Bejahende Antworten auf das Statement: „Wenn jemand sagt: ‚Mit der Demokratie können wir die Probleme lösen, die wir in der Bundesrepublik haben.‘ – Würden Sie dem zustimmen?“

Datenbasis: Institut für Demoskopie Allensbach.

Quelle: Schröder, *Die veränderte Republik*, S. 497.

Das zeigt auch die Grafik 2. Zwar meint immer noch mehr als die Hälfte der Westdeutschen, mit der Demokratie könne man die Probleme unseres Landes lösen. Doch warum glaubt das ein so großer Teil der Westdeutschen eben nicht – ganz ungeachtet der bewundernswerten Erfolgsgeschichte ihres Landesteils? In Ostdeutschland ist die Zuversicht in die Leistungskraft von Demokratie sogar – und, bei allem Auf oder Ab, im Zeitverlauf durchgehend – um über zwanzig Prozentpunkte geringer als in Westdeutschland, obwohl doch seit der Einführung von Demokratie die neuen Bundesländer einen in den Jahren vor der Friedlichen Revolution ganz unvorstellbaren Aufschwung genommen haben.

Tabelle 1: Demokratie – die „beste Staatsform“?

	West		Ost	
	2000	2005	2000	2005
	in Prozent			
„Die Demokratie in Deutschland ist die beste Staatsform.“	80	71	49	38
„Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.“	9	17	27	41
„Die Demokratie ist die beste Staatsform.“	92	85	78	64
„Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.“	3	6	8	22

Datenbasis: Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa 2000; Bürger und Gesellschaft 2005.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Datenreport 2006 (in Zusammenarbeit mit WZB und ZUMA). – Berlin, 2006. – S. 644.

Erklärungsbedürftig sind auch die Befunde von Tabelle 1. Weniger gilt das für ihre Kernaussage, wonach – und zumal in Westdeutschland – es eine insgesamt sehr große Befürwortung von Demokratie als Staatsform gibt. Tatsächlich ist ja unter allen politischen Ordnungsformen, mit denen es Deutschland in seiner Geschichte versucht hat, keine diesem Land je nachhaltig besser bekommen als die Demokratie. In gewissem Grad kann man auch verstehen, dass den Deutschen Demokratie im allgemeinen besser gefällt als deren konkrete Ausgestaltung im eigenen Land. Immerhin gibt es erhebliche Vorurteile gegen unser von starken Parteien getragenes parlamentarisches Regierungssystem³ sowie in der Praxis Funktions- und Leistungsdefizite. Doch warum ist die Wertschätzung von Demokratie als „bester Staatsform“ zwischen 2000 und 2005 in beiden Landesteilen so klar gesunken, obwohl sie doch damals in der Praxis um nichts schlechter funktionierte als zuvor, ja inzwischen sogar einige Reformkraft unter Beweis gestellt hat? Warum wird Demokratie in den neuen Bundesländern nicht nur so klar weniger akzeptiert als in den alten Bundesländern, sondern hat sich ihr Ansehen seit 2000 sogar noch so stark verschlechtert – obwohl doch die Anfangsschwierigkeiten ostdeutscher Demokratiegründung inzwischen überwunden sind? Und wie mag es nur möglich sein, dass ausgerechnet im aus der Friedlichen Revolution hervorgegangenen ostdeutschen Landesteil inzwischen eine relative Mehrheit von 41 Prozent der Befragten glaubt, es gäbe für Deutschland eine Staatsform, die noch besser als die Demokratie wäre? Ganz klar zeugen solche Daten von einer unguten, womöglich auch gefährlichen Entwicklung. Einige von deren Zügen führt die Tabelle 2 vor Augen.

Tabelle 2: Politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland, 1994-2002

	ABL			NBL		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002
<i>Unterstützung pol. Gemeinschaft</i>						
Nationalstolz	.25	.36	.32	.36	.43	.33
Mehr Mut zu Nationalbewusstsein	.07	.23	.19	.16	.25	.27
Verbundenheit mit Deutschland	n.e.	.39	.47	n.e.	.37	.35
<i>Unterstützung der Demokratie</i>						
Recht auf Meinungsfreiheit	.66	.71	.73	.73	.72	.68
Wichtigkeit der Opposition für Demokratie	.59	.66	.66	.71	.69	.54
Chancengleichheit für Parteien	n.e.	.45	.46	n.e.	.60	.49
Wahlbeteiligung als Bürgerpflicht	.60	.69	.69	.46	.55	.52
Bewertung der Idee der Demokratie	n.e.	.76	.68	n.e.	.53	.40
Ablehnung einer Diktatur	.59	.70	.77	.46	.39	.36
Demokratiezufriedenheit	.22	.24	.21	-.02	.01	-.08
<i>Bindung an ehemalige DDR</i>						
Sozialismus als gute Idee	-.22	-.23	-.30	.33	.33	.27
Gute Seiten der DDR	-.52	-.61	-.63	.04	.05	.03
<i>Vertrauen zu Entscheidungs- und Implementationsinstitutionen</i>						
Vertrauen zu						
... Bundestag	.26	.21	.17	.21	.05	.06
... Bundesregierung	.10	.11	.07	.06	.01	.04
... Bundesverfassungsgericht	.45	.46	.45	.27	.29	.30
... Gerichten	.25	.22	.29	.13	.08	.19
... Polizei	.27	.37	.37	.15	.24	.24
<i>Politische Involvement</i>						
Politisches Interesse	-.05	.02	.07	.02	-.02	-.04
Politik ist zu kompliziert	.02	.13	.17	.11	.03	.10
Kann politische Fragen gut verstehen	.29	.35	.35	.37	.28	.25
Kein Einfluss auf die Regierung	-.39	-.31	-.31	-.45	-.47	-.42
Bürger haben kaum Einfluss auf Politik	-.30	-.26	-.24	-.37	-.37	-.34
Kann aktive politische Rolle spielen	-.02	-.09	-.11	-.17	-.27	-.23

Angegeben sind standardisierte Mittelwerte zwischen 1- und +1.

Quelle: Gabriel, Oscar W. / Falter, Jürgen / Rattinger, Hans (Hrsg.): Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland. – Baden-Baden: Nomos, 2005. – S. 13.

Wesentliches enthält der zweite Abschnitt dieser Tabelle („Unterstützung der Demokratie“): Er zeigt, dass in den neuen Bundesländern der Sinn für den Wert von Konkurrenz in einer Demokratie (Wichtigkeit von Opposition, Chancengleichheit für Parteien) zwischen 1995 und 2002 deutlich gesunken ist und die Wertschätzung von konkreter politischer Beteili-

gung, hier bemessen an ihrer vergleichsweise unaufwendigsten Form, nämlich der nur alle paar Jahre anstehenden Teilnahme an Wahlen, viel geringer ausfällt als im Westen. Auch die innere Bindung an die Demokratie (Bewertung der Idee der Demokratie, Ablehnung einer Diktatur) ist in den neuen Bundesländern deutlich schwächer ausgeprägt als in den alten Bundesländern; obendrein geht sie seit 1994 markant zurück. An alledem hat sich, wie die vorstehenden Grafiken und die Tabelle 1 zeigen, in den neuen Bundesländern nichts zum Besseren gewendet.

Das gilt auch für das in Ostdeutschland vergleichsweise geringe Vertrauen zu politischen Institutionen, das der dritte Abschnitt der Tabelle 2 vor Augen führt („Vertrauen zu Entscheidungs- und Implementationsinstitutionen“). Schon ein flüchtiger Blick zeigt, dass die Vertrauenswerte aller abgefragten Institutionen (Bundestag, Bundesregierung, Bundesverfassungsgericht, Gerichte, Polizei) in den neuen Bundesländern deutlich unter den aus den alten Bundesländern bekannten Werten liegen. Am geringsten – wie freilich auch im Westen – ist im Osten das Vertrauen zum Bundestag und gar zur Bundesregierung, also gleichsam zu den politisch „Hauptschuldigen“ an der Lage in Ostdeutschland. Nennenswert groß ist im Grunde nur das Vertrauen zu den anscheinend „unpolitischen“ Institutionen, nämlich zum Gerichtswesen und zur Polizei, mit denen sich auch ein wohlmeinender Obrigkeitsstaat betreiben ließe. Tatsächlich leiden an politischem Vertrauensmangel in Deutschland insgesamt, besonders stark aber in Ostdeutschland, genau jene Institutionen, in denen eine von konkurrierenden Parteien getragene Demokratie ihre konkrete Gestalt annimmt: zuvörderst die Parteien, sodann die – meist aus nationalen Parteiführern bestehende – Regierung, ferner das so klar parteipolitisch organisierte Parlament, und am unmittelbarsten jene Politiker, die in Parteien, Parlamenten und Regierungen agieren.⁴ Dass es dabei in Ost- wie Westdeutschland das gleiche Profil einer solchen Bilanz politischen Vertrauens bzw. Vertrauensmangels gibt, ist Zeichen einer durchaus gemeinsamen deutschen politischen Kultur. Doch dass dabei auch noch so markante Vertrauensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen bestehen, führt vor Augen, um wie viel fragiler die neue, auch im Westen noch längst nicht rundweg akzeptierte parteienstaatliche Ordnung im Osten ist. Also haben wir wirklich ein Problem mit der Etablierung und nachhaltigen Sicherung von Demokratie in den neuen Bundesländern, und dieses Problem wurde dort im Lauf der Jahre nicht etwa kleiner, sondern sogar größer. Das zeigt auch die Tabelle 3.

Tabelle 3: Typologie zur Verankerung der Demokratie unter den Deutschen

	1994		1998		2002	
	ABL	NBL	ABL	NBL	ABL	NBL
	in Prozent					
Nichtdemokraten	13	28	12	30	8	33
Opportunistische Demokraten	11	6	8	8	4	7
Kritische Demokraten	37	46	35	39	42	45
Zufriedene Demokraten	39	19	46	22	47	16
N	1582	1892	2113	1002	2069	966
Cramers V	.27***		.28***		.39***	

Anmerkung: *** Signifikanzniveau: $p \leq 0.001$

Quelle: Gabriel, Oscar W. / Falter, Jürgen / Rattinger, Hans (Hrsg.): *Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland*. – Baden-Baden: Nomos, 2005. – S. 263.

Sie formt aus den Angaben einesteils zur konkreten Zufriedenheit mit der deutschen Demokratie und andernteils zur Präferenz für Demokratie allgemein als einer sinnvollen Regierungsform eine Typologie. Diese reiht die Deutschen auf zwischen „zufriedenen Demokraten“, „kritischen Demokraten“, „opportunistischen Demokraten“ und „Nichtdemokraten“. Zu den letzteren zählt, wer sowohl demokratische Ordnungsvorstellungen ablehnt bzw. ambivalent beurteilt als auch mit dem Funktionieren unserer Demokratie unzufrieden ist bzw. es ambivalent bewertet. Als „zufriedener Demokrat“ wird hingegen verstanden, wer einesteils die Demokratie als Regierungsform befürwortet und andernteils mit der aktuellen Form unserer Demokratie zufrieden ist. „Kritische Demokraten“ bejahen ebenfalls die Demokratie als Ordnungsmodell, stehen dem Zustand der deutschen Demokratie allerdings ambivalent oder negativ gegenüber. „Opportunistische Demokraten“ schließlich sind zwar mit der in Deutschland bestehenden Demokratie zufrieden, bewerten die Demokratie als Staatsform aber ambivalent oder negativ. So zusammengestellt legen die Daten nahe, dass zwar in Ost- wie Westdeutschland die zufriedenen und die kritischen Demokraten gemeinsam die Mehrheit haben, doch in den neuen Bundesländern bei weitem keine so große Mehrheit bilden wie in den alten Bundesländern: Noch 2002 gab es jeweils rund 61 Prozent (Ost) bzw. 89 Prozent (West) recht verlässliche Unterstützer unserer freiheitlichen demokratischen Ordnung. Zweitens prägen unter den

Demokraten in Ostdeutschland – anders als im Westen – seit jeher die „kritischen“ das Bild, jene also, die zwar mit Demokratie als Staatsform einverstanden sind, doch von der deutschen Realisierung dieser Staatsform keine wirklich gute Meinung haben. Ausweislich der Tabelle 1 ist deren Zahl bis 2005 sogar noch geringer geworden. Drittens gibt es immer schon in den neuen Bundesländern viel mehr Nichtdemokraten als in den alten Bundesländern. Und viertens ist bis 2002 – mit seither klar weiterlaufender Entwicklung – die Zahl der Nichtdemokraten in Ostdeutschland auf nicht weniger als 33 Prozent angestiegen, während der Anteil der „zufriedenen Demokraten“ auf gerade einmal sechzehn Prozent abgesunken ist. Der Prozess ostdeutscher Demokratiegründung ist also allenfalls äußerlich vollendet, während bei der inneren Haltung zur Demokratie in Ostdeutschland sogar destabilisierende Entwicklungen festzustellen sind. Zwar schlagen diese noch nicht wirklich durch, sondern äußern sich erst einmal im Protestwahlverhalten zugunsten der PDS/Linkspartei sowie – seit einigen Jahren – von rechtsextremen Parteien. Gerade für die letzteren gibt es nun, wie die Tabellen 4 und 5 zeigen, ein ihre jetzigen Wahlergebnisse und Umfragewerte weit übergreifendes Potential.

Tabelle 4: Hat Deutschland eine verteidigungswerte Gesellschaftsordnung?

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1991	2001	2002	1991	2001	2002
Ist es wert, verteidigt zu werden	72	73	79	46	55	50
Habe Zweifel	19	18	11	35	29	28
Unentschieden	9	9	10	19	16	22
Summe	100	100	100	100	100	100

Antworten auf das Statement: „Wenn Sie jetzt einmal an das Leben in Deutschland denken: Ist unsere Gesellschaftsordnung, so wie sie jetzt in der Bundesrepublik ist, wert, verteidigt zu werden oder haben Sie da Zweifel?“ (Zahlen in Prozent).
Datenbasis: Institut für Demoskopie Allensbach.

Quelle: Schröder, Die veränderte Republik, S. 496.

Es schien nämlich im Jahr 2002 zwar gut drei Vierteln der Westdeutschen und rund der Hälfte der Ostdeutschen unsere Gesellschaftsordnung verteidigungswert zu sein. Doch jeder vierte Ostdeutsche hatte da seine Zweifel, im Westen immerhin jeder Zehnte. Weil aber seither die Zustimmung zur deutschen Demokratie gerade auch in den neuen Bundesländern noch weiter abgesunken ist, sieht es nicht danach aus, als fände sie

dort im Konfliktfall wirklich tatkräftige Unterstützung. Laut Tabelle 5 hielt schon 2002 im Osten jeder Fünfte eine autoritäre Staatsform für besser als die Demokratie und erachtete diese gerade einmal jeder Zweite für eine bewährte Staatsform – wiederum in markantem Gegensatz zu den Westdeutschen. Dabei sind es, wie eine Detailstudie zu Sachsen-Anhalt im Jahr 2007 zeigte, insbesondere die Älteren sowie jene, die – auf Hauptschulniveau – von der auf Realschul- und Gymnasialniveau intensivierte politischen Bildungsarbeit *nicht* erreicht werden, welche besonders stark autoritären Thesen zustimmen. In gewisser Hinsicht macht dieser Befund immerhin auch optimistisch: Sorgt man nur geduldig für den weiteren Bestand und für gutes Funktionieren der nach der Friedlichen Revolution neu errichteten demokratischen Ordnung, so werden die in ihr groß werdenden Jahrgänge sie schon zu schätzen wissen – und intensiviert politische Bildung mag obendrein das Ihre dazu beitragen können.

Tabelle 5: Demokratie oder autoritäre Staatsform gewünscht?

	Westdeutschland				Ostdeutschland		
	1975	1994	2000	2002	1994	2000	2002
Demokratie hat sich bewährt	78	79	83	82	49	61	50
Autoritäre Staatsform wäre besser	9	10	7	7	20	8	20
Unentschieden, keine Meinung	13	11	10	11	31	31	30
Summe	100	100	100	100	100	100	100

Antworten auf das Statement: „Würden Sie sagen, die Demokratie hat sich bei uns im Großen und Ganzen bewährt, oder meinen Sie, eine autoritäre Staatsform mit einem starken Mann an der Spitze wäre besser für Deutschland?“ (Zahlen in Prozent).

Datenbasis: Institut für Demoskopie Allensbach.

Quelle: Schröder, Die veränderte Republik, S. 497.

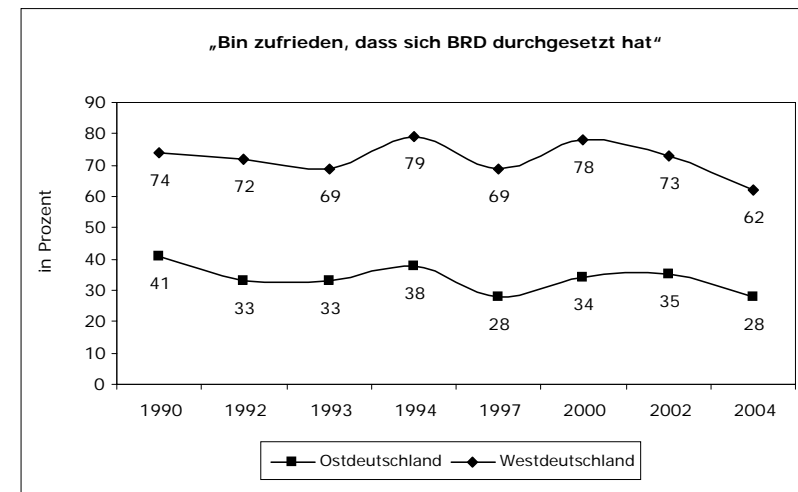
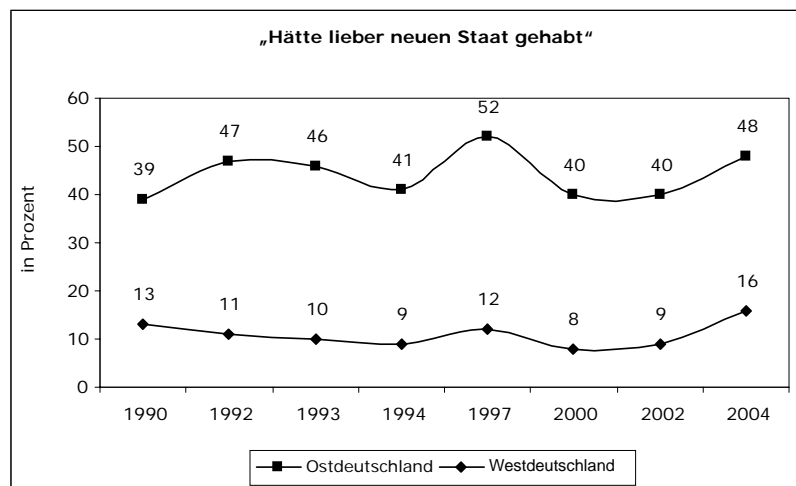
2. WARUM STEHT ES UM DAS DEMOKRATIEVERTRAUEN IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN SO SCHLECHT?

Drei Ursachen tragen besonders zum so wenig zufriedenstellenden Demokratievertrauen vieler Ostdeutscher bei: die Attraktivität erhoffter Alternativen zur bundesdeutschen Demokratie; ein anders akzentuiertes und der bundesdeutschen Ordnung nicht recht angepasstes Demokratieverständnis; sowie die schlechtere und obendrein auch subjektiv als schlechter empfundene wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern.

Die Attraktivität von Alternativen zur Demokratie

Grundlegendes zeigt die Grafik 3: Nicht nur hätten viel mehr Ost- als Westdeutsche nach der Wiedervereinigung gerne einen „neuen Staat“ gehabt, sondern deren Anteil stieg auch – mit einigem Auf und Ab – von knapp vierzig Prozent im Jahr der Wiedervereinigung auf knapp fünfzig Prozent im Jahr 2004. Auch Westdeutsche, von denen jahrelang gut jeder Zehnte die Wiedervereinigung gerne als Chance zur „Überwindung des BRD-System“ genutzt hätte, stimmten – im so üblichen innerdeutschen Gleichklang – dem retrospektiven Wunsch nach einem neuen politischen System im Jahr 2004 deutlich stärker zu als im Jahr der Wiedervereinigung. Damit spiegelbildlich nahm die Anzahl jener Westdeutschen deutlich ab, die sich darüber zufrieden äußern, dass sich bei der Wiedervereinigung das westdeutsche System als Ordnungsform Gesamtdeutschlands durchgesetzt hat: von jahrelang etwa drei Vierteln auf gut sechzig Prozent. Parallel dazu sank der entsprechende Prozentsatz der Ostdeutschen von gut vierzig Prozent auf knapp dreißig Prozent.

Grafik 3: Neue Staatsform oder BRD-System nach der Wiedervereinigung gewünscht?



Quelle: Schröder, *Die veränderte Republik*, S. 492.

Es gibt also allenthalben die schon in Tabelle 1 entdeckte wachsende Entfremdung zur bundesdeutschen Demokratie. Nur ist diese Entfremdung in den neuen Bundesländern besonders stark. Von Anfang an gingen dort sehr viele mit Trotz in das neue politische System: die einen, weil ihr aufgrund vieler Illusionen oder aus klarem Eigeninteresse geschätztes sozialistisches Staatswesen nun vom „Klassenfeind“ übernommen wurde – und die anderen, weil sie allzu wenig vom in Ostdeutschland Bewährten in die neue Staats- und Gesellschaftsordnung einbringen durften. Obendrein werden viele Ostdeutsche die politische Klasse – und gar erst die wirtschaftlichen Mittelschichten – ihres neuen Systems noch allzu stark und in mitunter empörender Weise von Parteigängern oder opportunistischen Gefolgsleuten des alten Systems durchgesetzt finden. Nicht zuletzt aus den Reihen der letzteren scheint sich ein Teil der rechtsradikalen (Protest-)Wählerschaft zu rekrutieren. Die ersteren finden sich hingegen vor allem am linken Rand des politischen Spektrums, die zweitgenannten auch in dessen Mitte: etwa in den Reihen von Trägergruppen der Friedlichen Revolution, die sich nun auf randständigen Positionen befinden oder, aus der Politik ausgeschieden, mit einigem Echo im vorpolitischen Raum wirken und zu dessen systemverachtender Emotionalisierung beitragen. Freilich trugen auch die Wahlkämpfe und Wahlergebnisse des Vereinigungsjahres nicht wenig dazu bei, dass sehr viele Ostdeutsche eher lustlos in die bundesdeutsche Demokratie hineinfanden: Sie verhagelten ost- wie westdeutschen Linken die vermeintlich bessere

Alternative eines „langsamen“, auf gleicher Augenhöhe ausgehandelten und im Vollzug der Wiedervereinigung gerade auch Westdeutschland verändernden Zusammenschlusses der beiden deutschen Staaten. Stattdessen gab es die – für so manchen allzu schnelle – Wiedervereinigung in Gestalt eines Beitritts der DDR zur ungeliebten „Kohl-Republik“.

In diesem Zusammenhang ist es von nachhaltiger Bedeutung, dass eben jener Sozialismus, für dessen Niederringung Helmut Kohl stand, bis heute – und seit 1991 weitgehend stabil – drei Vierteln der Ostdeutschen als eine „gute Idee“ gilt, die nur schlecht ausgeführt wurde. Unter den Westdeutschen meinte das 2005 auch fast jeder zweite – nach nur 40 Prozent im Jahr 1991. Die Tabelle 6 zeigt, wer in West- und Ostdeutschland besonders stark der Wunschvorstellung eines guten Sozialismus anhängt: natürlich vor allem die Anhänger der Linken sowie die Arbeitslosen, in den neuen Bundesländern obendrein die Wähler der PDS sowie Angestellte und Rentner, desgleichen die – überdurchschnittlich stark von ungewollter Arbeitslosigkeit betroffenen – Frauen. Am wenigsten neigen der Idee des Sozialismus verständlicherweise die ostdeutschen Selbständigen sowie die jüngeren Bevölkerungsteile der neuen Bundesländer zu. Dort ist unter den Jugendlichen dafür in besonderem Grad der Rechtsextremismus attraktiv.

Tabelle 6: Einstellungen zur Demokratie bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen

	„Die Demokratie ist die beste Staatsform.“		„Die Demokratie in Deutschland ist die beste Staatsform.“		„Sozialismus ist eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde.“		„Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland.“	
	2005		2005		2005		2004	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in Prozent							
Insgesamt	85	64	71	38	46	74	58	29
<i>Geschlecht</i>								
- Männer	86	65	70	36	47	70	60	27
- Frauen	85	64	71	39	45	77	55	30
<i>Altersgruppen</i>								
- 18-34 Jahre	85	66	68	38	44	64	48	29
- 35-59 Jahre	85	62	70	37	47	75	61	26
- über 60 Jahre	87	69	75	40	46	81	61	30

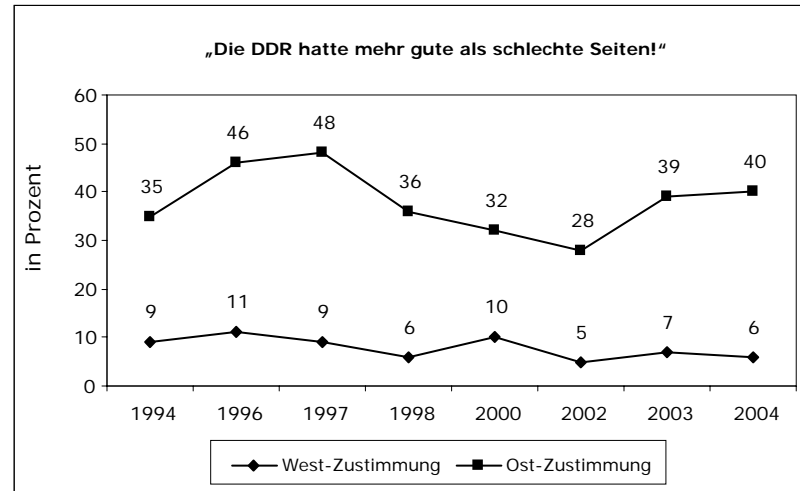
	„Die Demokratie ist die beste Staatsform.“		„Die Demokratie in Deutschland ist die beste Staatsform.“		„Sozialismus ist eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde.“		„Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland.“	
	2005		2005		2005		2004	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in Prozent							
<i>Berufliche Stellung</i>								
- Selbständige	87	74	66	42	45	43	-	-
- Beamte	90	-	78	-	43	-	-	-
- Angestellte	87	64	74	35	44	77	-	-
- Arbeiter	84	67	66	39	47	58	-	-
- Arbeitslose	74	60	59	31	51	80	-	-
- Rentner/ Pensionäre	86	68	72	40	46	81	-	-
<i>Ideologische Orientierung</i>								
- Links	87	65	72	38	54	80	66	31
- Mitte	85	65	68	36	43	67	60	30
- Rechts	89	65	70	43	28	51	55	29
<i>Parteipräferenz</i>								
- PDS	-	55	-	26	-	97	-	-
- Bündnis 90 / Die Grünen	85	71	60	55	61	62	-	-
- SPD	93	79	80	50	50	71	-	-
- FDP	86	79	72	28	28	67	-	-
- CDU/CSU	89	67	76	42	33	47	-	-

Datenbasis: Eurobarometer 2004, Bürger und Gesellschaft 2005.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Datenreport 2006, S. 647.

Es scheint jedenfalls so zu sein, dass viele in Ostdeutschland wirklich eine Verbindung von Sozialismus und von Demokratie wünschen. Die PDS trug solchen „Demokratischen Sozialismus“ denn auch unübersehbar und erfolgssichernd im Namen. Womöglich wäre es für die Parteien von der Mitte bis zum rechten Rand darum sinnvoll, diesem ostdeutschen Wunsch dadurch eine zur Linkspartei alternative Ausdrucksmöglichkeit zu verleihen, dass etwa die CDU besonders stark auf „soziale Demokratie“ als ihre Politikvision ausginge und dies mit dauernd wiederholten sowie offensiven Erläuterungen der dafür grundlegenden „Sozialen Marktwirtschaft“ verbände. Obendrein wäre, in Reaktion auf die Befunde der Tabelle 6, dieser Doppelvision durch Maßnahmen konkreter Bildungs-, Sozial- und Familienpolitik Substanz zu verleihen.

Grafik 4: „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten!“



Antworten „stimme (eher) zu“ und „stimme voll und ganz zu“ auf die Aussage „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“.

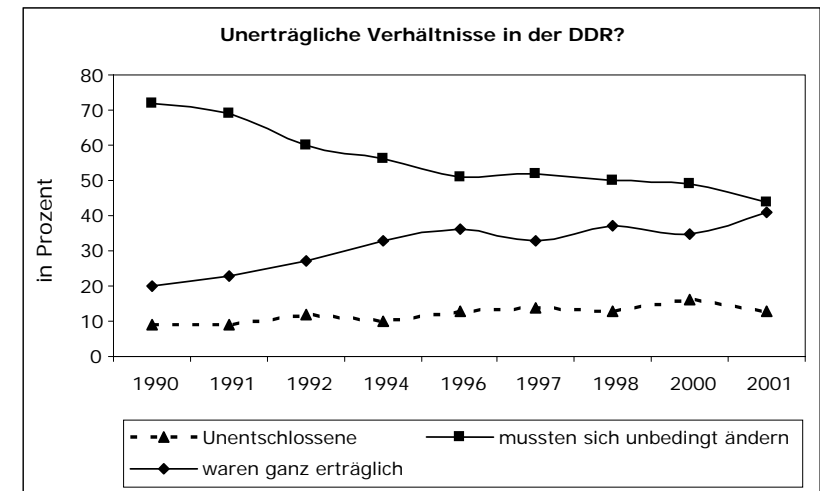
Datenbasis: Trafo-Querschnitt-Datensatz, EMNID-Zusatzbefragung 2000, Konrad-Adenauer-Stiftung Herbststudien 1996 und 1997, Deutsche Teilstudien des European Social Survey 2003 und 2004.

Quelle: Neller, 2005, S. 352.

Quelle der Grafik 4 insgesamt: Schröder, *Die veränderte Republik*, S. 334.

Doch nicht nur der Sozialismus als Idee gefällt gerade den Ostdeutschen weiterhin gut. Das tut – ausweislich der Grafiken 4 und 5 – auch die DDR selbst. Sogar eine nennenswerte Minderheit der Westdeutschen will an der DDR – wie im Grunde immer schon – mehr gute als schlechte Seiten entdecken. Unter den Ostdeutschen tun das ohnehin, bei einigem Auf und Ab, an die vierzig Prozent. Dabei gab es besonders deutliche Tendenzen solcher „Relegitimierung“ der DDR nach den Bundestagswahlen von 1994 und 2002. Hinter alledem steht, wie zumal die Grafik 5 vor Augen führt, eine zwischen 1990 und 2001 kontinuierlich vollzogene Schönung des Bildes der DDR: Waren im Jahr der Wiedervereinigung noch gut siebzig Prozent der Ostdeutschen der Ansicht, die in Vorwendezeiten bestehenden Verhältnisse in der DDR hätten sich unbedingt ändern müssen, meinte das zehn Jahre später kaum mehr jeder zweite Ostdeutsche. Stattdessen war der Anteil derer, welche die Verhältnisse in der DDR für ganz erträglich hielten, von zwanzig Prozent auf fast jeden zweiten Ostdeutschen angestiegen.

Grafik 5: Unerträgliche Verhältnisse in der DDR?



Antworten von Ostdeutschen auf die Frage: „Wenn Sie jetzt einmal zurückblicken auf die letzten Jahre vor der Wende in der DDR – waren die Verhältnisse eigentlich ganz erträglich, oder würden Sie sagen, es musste sich unbedingt vieles ändern?“
Datenbasis: Institut für Demoskopie Allensbach.

Quelle: Schröder, *Die veränderte Republik*, S. 329.

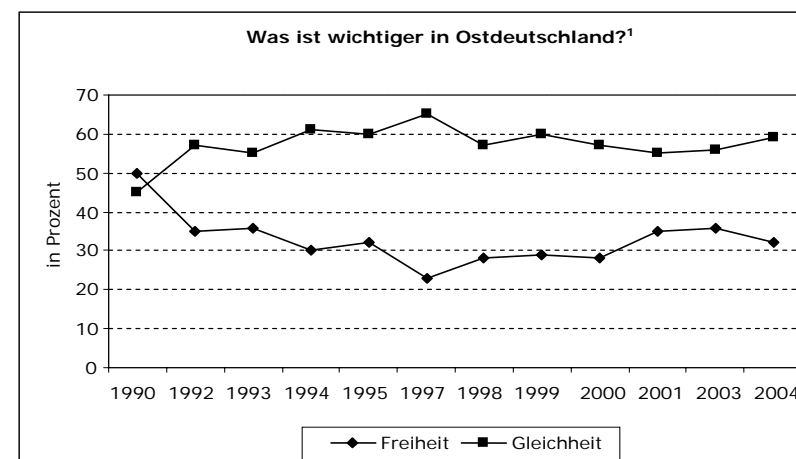
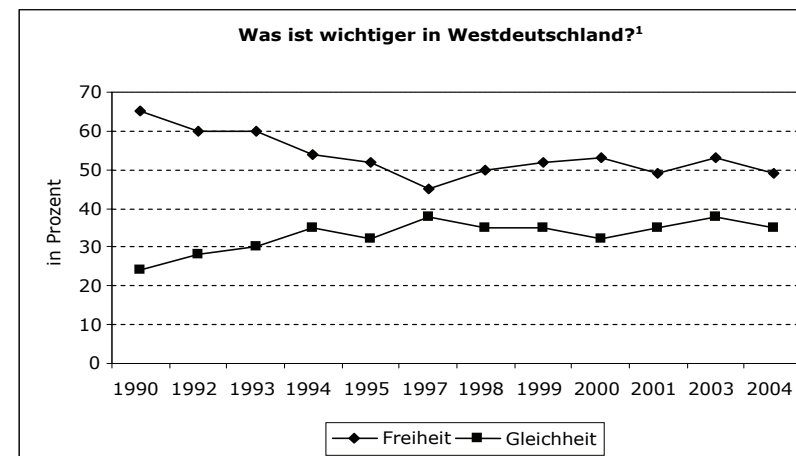
Wie aber kommt es zu einem solchen Meinungsbild, das die Friedliche Revolution wie die mutwillige Zerstörung eines letztlich doch ganz passablen Gemeinwesens aussehen lässt? Ein Stück weit mag sich hier praktische Geschichtspolitik von gestürzten Eliten des alten Systems auswirken, die nicht auch noch das Geschichtsbild ihres siegreichen Gegners durchgesetzt sehen möchten. Mehr noch dürfte eine Rolle spielen, dass eine aufklärende Auseinandersetzung mit dem SED-Staat an Schulen, Hochschulen sowie in den Massenmedien recht selten geworden ist. Das lässt der angepassten Mehrheit ehemaliger DDR-Bürger freie Bahn, den Teil ihrer passablen persönlichen Erinnerungen an das gestürzte Regime für dessen Ganzes auszugeben. Wohlmeinende Westdeutsche wiederum sind seit der Wiedervereinigung daran gewöhnt, Ostdeutschen doch nicht ausreden zu wollen, wie die DDR eigentlich gewesen sei – nämlich ganz anders, als von ihren Kritikern vorgestellt. Und da seit Entspannungszeiten sehr viele Westdeutsche wirklich gern ein positives Bild von der DDR hegten, versperren auch keinerlei wie selbstverständlich akzeptierte Tabus politischer Korrektheit einer erinnernden Schönung der DDR den Weg.

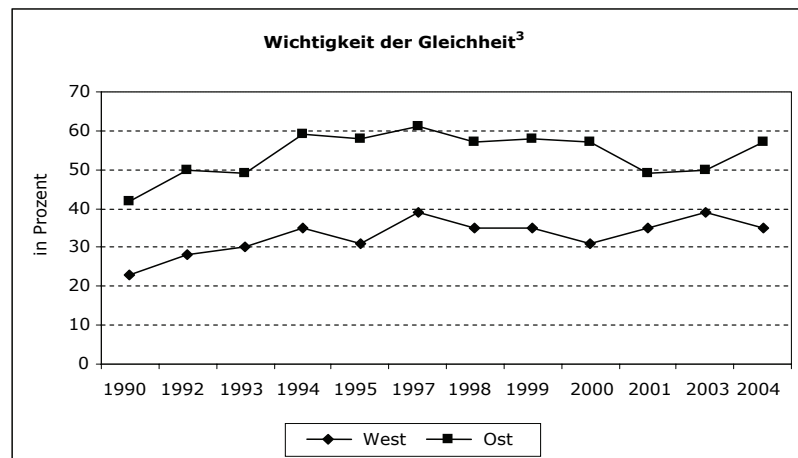
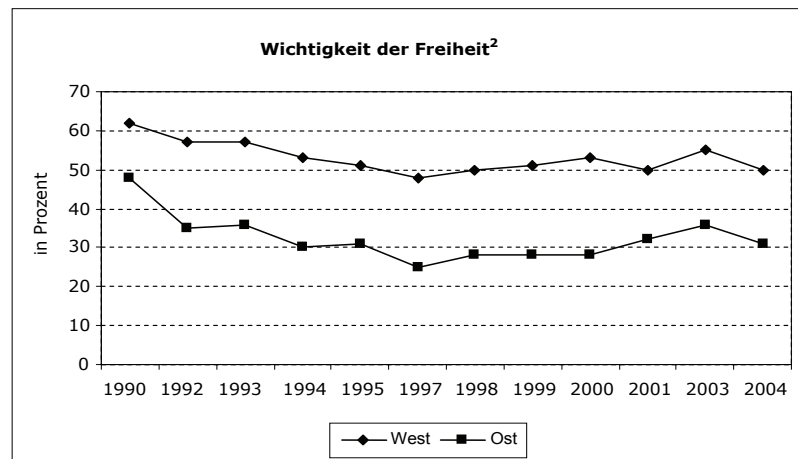
Ihr muss man schon *aktiv* entgegenreten und dabei mit erheblichem Widerstand rechnen. Doch es wäre vermutlich ein großer Dienst an der gesamtdeutschen Demokratie, würde man im Osten den Kampf um die historische Deutung der DDR nicht weiterhin vermeiden. Er hat wohl auch Erfolgsaussichten. Es ist nämlich keineswegs so, als ob Ostdeutsche dem SED-Staat einfach nachtrauerten. Ganz im Gegenteil zeigen Zeitreihendaten des Allensbacher Instituts für Demoskopie, dass von 1990 bis heute für noch mehr Ost- als Westdeutsche die Wiedervereinigung ein Grund zur Freude war und dass viel weniger Ost- als Westdeutsche sie als Anlass zur Sorge betrachten.⁵ Insgesamt scheint es so zu sein, dass mit der Errichtung des bundesdeutschen Systems in Ostdeutschland nicht wenige Erlebnisse einhergingen, welche den dortigen Bürgern vieles an der neuen Ordnung vergällten und weiterhin vergällen. Ebenso erfüllt das neue System offenbar etliche Ansprüche (immer noch) nicht, welche die Ostdeutschen vom alten System durchaus erfüllt sahen – ohne es deshalb auch schon für wirklich gut zu halten.

Anders akzentuierte Erwartungen an „die Demokratie“

Tatsächlich zeigen die meisten demoskopischen Vergleichsstudien seit der Wiedervereinigung, dass sehr viele Ostdeutsche ein Demokratieverständnis hegen, das anders als bei den meisten Westdeutschen akzentuiert ist und obendrein vielfach dem nicht gerecht wird, wie unser Staat gemäß seinen Leitgedanken wirklich sein will. Vergleicht man etwa die Einschätzungen von Ost- und Westdeutschen zu zwei Staatstypen (einem liberalen Staat, der nur die wichtigsten Absicherungen für die Bürger unternimmt und sich aus der Wirtschaft heraushält, und einem „paternalistischen Interventionsstaat“, der sich nachdrücklich um die Bürger kümmert und nachhaltig in die Wirtschaft eingreift), so zeigt sich klar, dass ein paternalistischer Interventionsstaat, den man auch als vor- und nachsorgenden Sozialstaat bezeichnen mag, allen Deutschen, ganz besonders freilich den Ostdeutschen, als sowohl menschlicher wie auch als gerechter und obendrein als gewiss zum Wohlstand führender gilt. Einen liberalen Staat halten zwar ebenfalls alle Deutschen – und insbesondere die Westdeutschen – für freiheitlicher.⁶ Doch gerade für die Ostdeutschen zählt Freiheit weniger als Gleichheit oder soziale Sicherheit: Seit der Wiedervereinigung scheint – wie die Grafik 6 an den Tag bringt – den Ostdeutschen die Freiheit weniger wichtig zu sein als die Gleichheit, während das die Westdeutschen gerade anders herum beurteilen.

Grafik 6: Was ist wichtiger – Freiheit oder Gleichheit?





Aussagen:

1 „Wenn ich mich entscheiden müsste, ist mir die Freiheit/Gleichheit wichtiger.“

2 „Wenn ich mich entscheiden müsste, ist mir die Freiheit wichtiger.“

3 „Wenn ich mich entscheiden müsste, ist mir die Gleichheit wichtiger.“

Datenbasis: Institut für Demoskopie, Allensbach.

Quelle: Schröder, *Die veränderte Republik*, S. 508.

Obendrein zeigen aktuelle Befunde zu Sachsen-Anhalt, dass dort bei einer hypothetisch aufgezwungenen Wahl zwischen Freiheit und Sicherheit über zwei Drittel der Bevölkerung sich für die Sicherheit entscheiden würden, nur ein Viertel aber für die Freiheit,⁷ und dass obendrein dort fast drei Viertel der Bevölkerung meinen, es gehe in Deutschland – alles in allem – eher ungerecht zu.⁸ Wie aber soll man ein ungerechtes Gemeinwesen mögen – eines außerdem, das im Namen der ohnehin so

recht nicht nutzbaren Freiheit jene soziale Gleichheit und Sicherheit verloren gibt, welche die DDR behauptetermaßen einst kennzeichnete? Tatsächlich klingt vor allem den Westdeutschen Demokratie in erster Linie nach Freiheit, den Ostdeutschen hingegen zunächst einmal nach Gleichheit und sozialer Sicherheit. Beides aber ging – im Unterschied zum Aufblühen von Freiheit – nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern klar zurück.

Tabelle 7: Zuständigkeit des Staats für die soziale Absicherung seiner Bürger?

	„Der Staat muss dafür sorgen, dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat.“							
	West				Ost			
	1991	1994	2000	2004	1991	1994	2000	2005
	in Prozent							
Insgesamt	90	87	85	82	99	97	93	92
Geschlecht								
- Männer	91	85	83	79	99	96	90	91
- Frauen	90	89	86	85	99	97	95	94
Altersgruppen								
- 18-34 Jahre	94	92	91	87	100	97	93	92
- 35-59 Jahre	89	84	82	79	98	96	90	91
- über 60 Jahre	88	87	85	81	98	99	96	94
Berufliche Stellung								
- Selbständige	83	74	75	66	98	83	83	77
- Beamte	90	84	77	67	100	94	82	87
- Angestellte	88	83	81	78	99	96	91	91
- Arbeiter	96	92	89	88	98	100	90	91
- Arbeitslose	96	93	91	87	99	99	96	96
- Rentner/ Pensionäre	87	89	86	83	98	98	96	95
Ideologische Orientierung								
- Links	92	89	89	84	99	98	93	95
- Mitte	90	88	84	81	99	96	92	92
- Rechts	88	82	79	77	99	93	91	88
Parteipräferenz								
- PDS	-	-	-	-	100	99	92	96
- Bündnis 90 / Die Grünen	90	89	86	83	99	98	91	91
- SPD	93	91	87	85	98	96	94	92
- FDP	85	80	77	72	98	92	86	86
- CDU/CSU	87	83	80	77	100	97	89	88

Datenbasis: ALLBUS 1991, 1994, 2000, 2004.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Datenreport 2006*, S. 649.

Da sich spätestens seit den mittleren 1990er Jahren unübersehbar zeigte, dass der deutsche Sozialstaat – um nachhaltig zu bleiben – rückzubauen sei, konnte das auch für die Wertschätzung von Demokratie nicht folgenlos bleiben. Immerhin halten die allermeisten Deutschen – und je weiter linksstehend, umso mehr – es für eine Staatsaufgabe, „dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat“. Diese Überzeugung hat sich, wie die Tabelle 7 zeigt, zwischen 1991 und 2004 zwar in West wie Ost abgeschwächt, wird aber trotzdem noch im Westen von rund 85 Prozent, im Osten von rund 91 Prozent der Deutschen gehegt. Ist aber eben die Sozialstaatlichkeit eine zentrale Quelle von Legitimitätsglauben, dann kann es schwerlich anders sein, als dass sozialstaatliche Sparpolitik zu verminderter Demokratiezufriedenheit führt.

Tabelle 8: Kürzung oder Ausweitung von Sozialleistungen?

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1994	2000	2004	1994	2000	2004
	in Prozent					
„Sozialleistungen ausweiten.“	28	21	17	71	46	42
„Sozialleistungen wie bisher.“	60	55	57	28	46	48
„Sozialleistungen kürzen.“	12	24	26	1	8	10

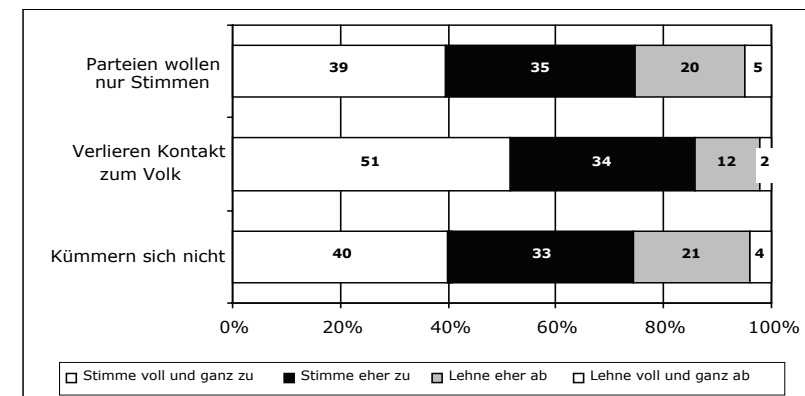
Datenbasis: ALLBUS 1994, 2000, 2004.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Datenreport 2006, S. 650.

Zwar sind – wie die Tabelle 8 vor Augen führt – die entsprechenden Erwartungen der Deutschen an den Staat seit 1994 durchaus gesunken: Immer weniger erwarten in Ost wie West, dass der Staat seine Sozialleistungen ausweitet, und immer mehr sehen in beiden Landesteilen ein, dass es zu besseren Zeiten eingeführte Sozialleistungen zu kürzen gilt. Doch in den neuen Bundesländern ist solcher Realismus wesentlich weniger verbreitet als in den alten Bundesländern (zehn Prozent vs. 26 Prozent), während zugleich illusorische Hoffnungen auf eine weitere Ausdehnung der Sozialleistungen dort immer noch von nicht weniger als 42 Prozent der Befragten gehegt werden (Westen: siebzehn Prozent). Vergleicht man den Wandel dieses Erwartungsprofils an den Staat mit der in Grafik 1 wiedergegebenen Entwicklung der Demokratiezufriedenheit, so wird erst recht klar, dass wachsender sozialstaatlicher Realismus eben mit wachsender Enttäuschung über jenen Staat einhergeht, der seine

gern gemachten und lieber noch geglaubten Versprechungen nun nicht länger erfüllen kann. Und auch der Ost/West-Unterschied in der Demokratiezufriedenheit findet hier eine Erklärung: Unsere Demokratie widerspricht stark dem, was gerade die Ostdeutschen in recht besonderer Akzentuierung von einem demokratischen Gemeinwesen erwarten.

Grafik 7: Einschätzungen der politischen Klasse (Sachsen-Anhalt, 2007)



F. 28b, f, g: Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen vor, zu denen man unterschiedliche Meinungen haben kann. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.

(b) Die Politiker kümmern sich nicht um die Probleme der einfachen Leute.

(f) Nach dem Wahlkampf verlieren die Abgeordneten schnell Kontakt zum Volk.

(g) Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler ihre Absichten interessieren sie nicht.

Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt.

Quelle: Fürnberg u.a., Sachsen-Anhalt-Monitor 2007, S. 39.

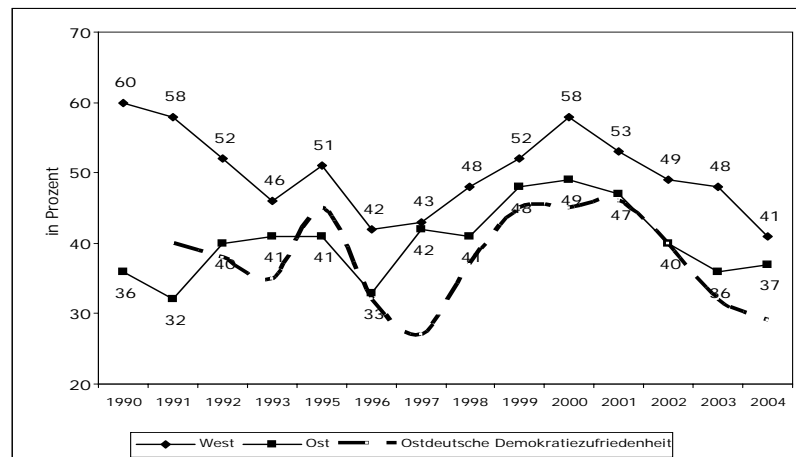
Außerdem scheint auch noch die politische Klasse selbst zu versagen. Aktuelle Daten aus Sachsen-Anhalt, wiedergegeben in der Grafik 7, zeigen das. Rund jeder Zweite dort meint, die Parteien hätten den Kontakt mit dem Volk verloren, und jeweils rund vierzig Prozent sind der Ansicht, die Parteien kümmerten sich nicht um die Probleme der einfachen Leute und wollten eigentlich nur deren Stimmen. Mit einer solchen Demokratie könnte man wirklich nicht zufrieden sein. Zwar stimmen die in Grafik 7 wiedergegebenen Ansichten ebenso wenig mit den Tatsachen überein wie viele andere populären Vorurteile über Politik und Politiker. Doch das bleibt solange folgenlos für die öffentliche Einschätzung unserer Demokratie, wie Massenmedien oder politische Bildung derlei Korrekturen nicht wirkungsvoll vermitteln. Weil hier Besserung freilich nicht zu erwar-

ten ist, wird man sich auf noch lange Zeit anhaltende ostdeutsche Entfremdung zu unserer Demokratie einstellen müssen.

Wirtschaftslage und Demokratiezufriedenheit

Aus Westdeutschlands Geschichte ist bekannt, wie stark dort Wirtschaftsaufschwung und Akzeptanz der neuen Ordnung zusammenhingen. Es gibt keinen Grund, warum das in Ostdeutschland anders sein sollte. Allerdings tritt zwischen die reale Lage und die Wertschätzung der diese Lage ermöglichende politische Ordnung auch noch jener Wirkungszusammenhang, der vom – nach einem polnisch-amerikanischen Soziologen benannten – „Thomas-Theorem“ beschrieben wird. Es besagt: Wenn Menschen eine Situation als bestehend erachten und von dieser Situationsdefinition ausgehend handeln, dann sind die Folgen ihres Handelns real, ganz gleich wie unreal die Situationsdefinition war. Die Grafik 8 zeigt, wie in Ostdeutschland zwischen 1991 und 2004 die Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Lage mit der Demokratiezufriedenheit zusammenhing.

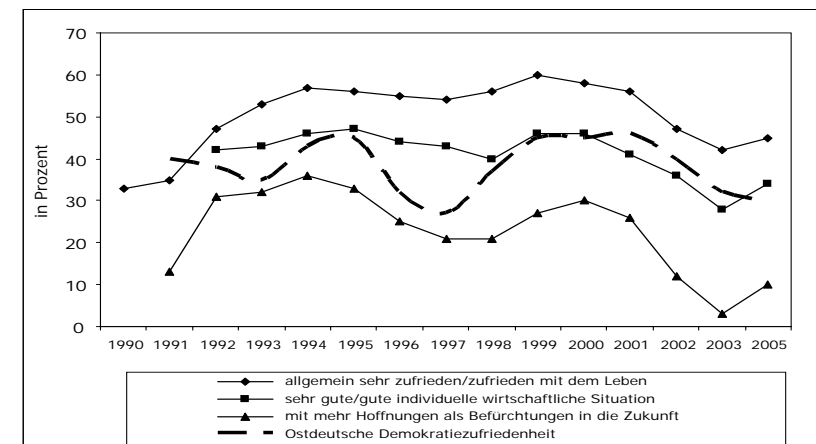
Grafik 8: Subjektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage als sehr gut/gut – samt Anteilen jener Ostdeutscher, die mit der Demokratie im Lande zufrieden sind



Quelle: Schröder, *Die veränderte Republik*, S. 595. Die gestrichelte Linie stammt aus Grafik 1 und gibt die Entwicklung ostdeutscher Demokratiezufriedenheit wieder.

Man erkennt – erstens – ein Auf und Ab bei der subjektiven Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage als gut bzw. sehr gut. Dabei halten die Westdeutschen ihre persönliche wirtschaftliche Lage meist für deutlich besser, als das die Ostdeutschen tun. Ferner verlaufen seit etwa 1993 die Kurven für Ost- und Westdeutschland – wie so oft – recht parallel. Die Deutschen haben also recht gemeinsame Eindrücke von der sie betreffenden Wirtschaftsentwicklung des Landes, wobei sich die Ostdeutschen allerdings stets schlechter gestellt sehen. Also muss – die oben präsentierten Befunde und Interpretationen vor Augen – die geringere Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland wirklich nicht wundern. Zweitens, und noch aussagekräftiger, gibt es unter den Ostdeutschen eine – wenn auch grobe – zeitversetzte Parallelität zwischen der Einschätzung ihrer persönlichen Lage und ihrer Demokratiezufriedenheit: Empfindet man in den neuen Bundesländern die wirtschaftliche Lage für besser, so zieht das nach einiger Zeit auch die Demokratiezufriedenheit nach oben; und verdüstert sich das Bild von der eigenen wirtschaftlichen Lage, so sinkt alsbald auch die Demokratiezufriedenheit. Sofern überdies die sozialstaatliche Absicherung gegen persönliche wirtschaftliche Schwierigkeiten reduziert wird, hat das ein weiteres Absinken der Demokratiezufriedenheit zur wahrscheinlichen Folge.

Grafik 9: Zufriedenheit mit den Lebensverhältnissen in Ostdeutschland – samt Anteilen jener Ostdeutscher, die mit der Demokratie im Lande zufrieden sind



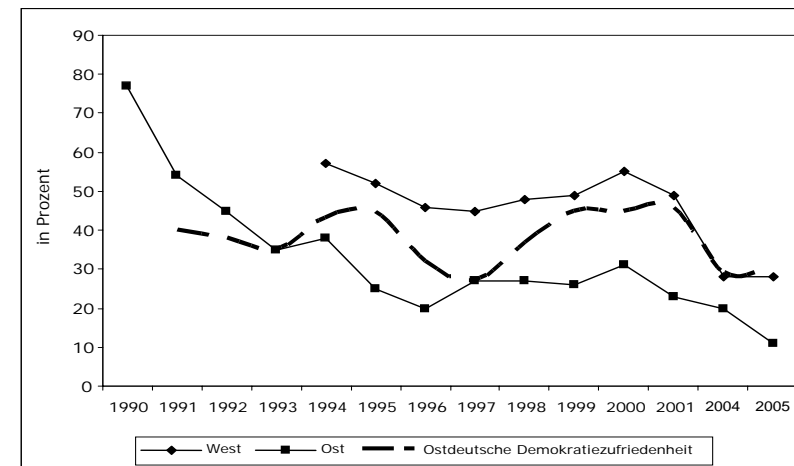
Datenbasis: Sozialreport 2004 und 16. Welle „Leben in den neuen Bundesländern“.

Quelle: Schröder, *Die veränderte Republik*, S. 520. Die gestrichelte Linie stammt aus Grafik 1 und gibt die Entwicklung ostdeutscher Demokratiezufriedenheit wieder.

Den gleichen Zusammenhang veranschaulicht auch die Grafik 9. Die drei dünn eingezeichneten Kurven geben wieder, wie sich – mit jeweils etwas unterschiedlichen Indikatoren erhoben – die Lebenszufriedenheit in den neuen Bundesländern zwischen 1990 und 2005 entwickelt hat. Es ist leicht zu erkennen, dass diese Indikatoren, wenn auch in verschiedener Weise, Ähnliches messen: ein vergleichsweise gutes, da noch stark von Hoffnungen geprägtes persönliches Lebensgefühl, das in den ersten zwei Jahren nach der Friedlichen Revolution stark um sich greift, nach einem Höhepunkt im Wahljahr 1994 bis zum nächsten Wahljahr 1998 abnimmt, vor 2000 noch einmal einen Höhepunkt erreicht – und dann auf 2003 hin dramatisch schwindet, um dann wieder anzusteigen. Die Kurve ostdeutscher Demokratiezufriedenheit folgt dieser Entwicklung im Großen und Ganzen. Freilich weist sie dramatische Ausschläge auf, welche der Wucht massenmedialer Themenkarrieren geschuldet sein dürften: Schon kurz nach der Wiedervereinigung schlägt die bundesweite „Politikverdrossenheit“ durch, desgleichen das Drama des ostdeutschen Wirtschaftszusammenbruchs; man erkennt die üblichen, zu positiverer Einschätzung der politischen Klasse führenden Wirkungen der Wahlkämpfe von 1994, 1998, 2002 und 2005; und nicht minder erkennt man jene politischen Enttäuschungen, welche auf die Zufriedenheitshöhepunkte von Wahlkämpfen zu folgen pflegen – markant nach 1994 und 2002, wo jeweils die Regierung gerade noch einmal im Amt bestätigt wurde, während die Indikatoren der Lebenszufriedenheit schon nach unten wiesen, und sehr deutlich auch – sowie im Gegensatz zur Entwicklung bei den Indikatoren der Lebenszufriedenheit – während des Katzenjammers nach dem euphorischen Beginn der rot-grünen Koalition. Wichtiger ist freilich der in dieser Grafik sich abbildende grundlegende Prozess: Subjektive Lebenszufriedenheit geht in Ostdeutschland klar mit Demokratiezufriedenheit einher. Also wird die Konsolidierung ostdeutscher Demokratie einestails davon abhängen, wie weit sich dort auch fortan gute, möglichst noch bessere reale Lebensverhältnisse schaffen und auch bewusst machen lassen – und andernteils davon, wie weit sich die Akzentuierung ostdeutscher Erwartungen an unser Staatswesen sowie ostdeutscher Beurteilungsmaßstäbe von Demokratie ins Realistische hinein weiterentwickeln lassen. Dabei wird zumal das Weiterbestehen oder die Verminderung ostdeutscher Arbeitslosigkeit – ihrerseits nicht zuletzt einer viel höheren weiblichen Erwerbsneigung als im Westen geschuldet – über die Entwicklung des Demokratievertrauens entscheiden: Gerade in den neuen Bundesländern gehört Berufsarbeit zum Kern des Selbstverständnisses; gerade dort wird vom Staat die Sicherung des bisherigen Lebensstils selbst im Fall

von Arbeitslosigkeit erwartet; und gerade dort mindert der Rückblick auf die „Vollbeschäftigung“ in der – rückblickend auch insgesamt geschönten – DDR die Wertschätzung des nunmehr bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems.

Grafik 10: Positive Bewertung des Wirtschaftssystems – samt Anteilen jener Ostdeutscher, die mit der Demokratie im Lande zufrieden sind



Positive Antworten auf die Frage: „Haben Sie eine gute oder keine gute Meinung zum Wirtschaftssystem in der Bundesrepublik?“ Für Westdeutschland keine Zahlen vor 1994 verfügbar.

Datenbasis: Institut für Demoskopie Allensbach.

Quelle: Schröder, *Die veränderte Republik*, S. 503. Die gestrichelte Linie stammt aus Grafik 1 und gibt die Entwicklung ostdeutscher Demokratiezufriedenheit wieder.

Aus somit recht plausiblen Gründen scheint insbesondere die Wertschätzung unseres Wirtschaftssystems sehr eng mit ostdeutscher Demokratiezufriedenheit einherzugehen. Dass dies wirklich der Fall ist, tritt in der Grafik 10 zutage. Der 1990 gehegte Wunderglaube an das bundesdeutsche Wirtschaftssystem reduzierte sich bis 1993 dramatisch und erlitt nach der Bundestagswahl von 1994 weitere Einbußen, desgleichen – nach seit 1997 gelungener Restabilisierung auf niedrigem Niveau – nach dem Jahr 2000. Erneut verlaufen die Kurven für Ost- und Westdeutschland recht parallel, wobei verständlicherweise die Westdeutschen stets mehr vom – in ihrem Landesteil nun wirklich höchst bewährten – Wirtschaftssystem halten als die Bürger aus den neuen Bundesländern. Vor

allem aber passt sich in beider Kurven Auf und Ab vorzüglich die Kurve ostdeutschen Demokratievertrauens ein: Sie folgt – wiederum durch massenmediale Themenkarrieren akzentuiert – im Großen und Ganzen den Einschätzungskurven unseres Wirtschaftssystems. Weil aber diese letztgenannten Kurven seit der Wiedervereinigung insgesamt – und vor allem in Ostdeutschland – nach unten weisen, lässt sich gut verstehen, warum es um – nicht nur – ostdeutsche Demokratiezufriedenheit so schlecht bestellt ist. Im Grunde kann man das alles auf die Formel bringen: „Die Wirtschaft ist unser Schicksal“ – und zwar nicht nur auf der Ebene ihrer realen Entwicklung, sondern mehr noch auf der Ebene gesellschaftlich durchgesetzter Deutungen ihrer Leistungskraft und ihres Charakters.

Tabelle 9: Struktur der Wählerschaft extrem rechter Parteien, 2005

	West + Ost		West		Ost	
	Ges.	Rechte	Ges.	Rechte	Ges.	Rechte
Männlich	48	67	48	64	48	74
Weiblich	52	33	52	36	52	26
Mann bis 34 Jahre	12	21	12	19	13	27
Frau bis 24 Jahre	12	11	12	11	11	11
Mann 35-59 Jahre	22	32	22	29	22	40
Frau 35-59 Jahre	22	13	22	12	22	14
Arbeiter	26	50	24	47	31	55
Angestellte	55	37	56	39	53	31
Arbeitslos	5	11	3	6	9	21
Eigener Arbeitsplatz gefährdet/Verlust	17	34	15	29	25	43

Datenbasis: Politbarometer.

Quelle: Roth 2006, S. 115.

Quelle: Schröder, Die veränderte Republik, S. 435.

Besonders deutlich werden diese Zusammenhänge in der Tabelle 9. Sie zeigt an, wie es im Jahr 2005 um die Wählerschaft extrem rechter Parteien in Ost- und Westdeutschland bestellt war. Weil sich grundsätzlicher Systemprotest in den Altbundesländern bis zur bundesweiten Ausdehnung der Linkspartei, in den neuen Bundesländern seit den ersten faktischen Regierungsbeteiligungen der PDS, eigentlich nur am rechten Rand des politischen Spektrums ausdrücken konnte, ist in den dortigen

Wählerstrukturen besonders gut zu erkennen, mit welchen soziographischen Faktoren große Unzufriedenheit mit unserem System zusammenhängt. Leicht sieht man: Es sind die am unteren Ende der Gesellschaftspyramide stehenden Arbeiter, die von Arbeitslosigkeit Bedrohten und die tatsächlich Arbeitslosen, und unter allen diesen Gruppen vor allem die Männer, welche in erster Linie die von ihnen gehegte Systemunzufriedenheit in Unterstützung für jenes Lager ummünzen, das am allerdeutlichsten unsere Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beseitigen will. Genau diesen drei Gruppen – Arbeiterklasse, von Arbeitslosigkeit bedroht, ohnehin arbeitslos – rechnen sich aber viel mehr Ost- als Westdeutsche zu. Solchermaßen wird klar, bei wem und auf welchen Politikfeldern die CDU in erster Linie politisch anzusetzen hätte, wenn sie ihre staatspolitische Aufgabe als zentrale Integrationskraft rechts der Mitte erfüllen will: Es geht um sowohl überzeugende als auch nachhaltige Wirtschafts- und Sozialpolitik im Dienst der „kleinen Leute“. Und deren Stimmen braucht die CDU obendrein, wenn sie durch die im Grunde linke Mehrheit in Deutschland nicht von der Regierungsmacht ferngehalten werden will.

3. DIAGNOSE UND THERAPIE

Aus vier Gruppen von Ursachen gibt es in den neuen Bundesländern vergleichsweise weniger Demokratievertrauen. Erstens blieben die Leistungen des bundesdeutschen Systems durchaus hinter dem zurück, was sich die Ostdeutschen von ihm erhofften bzw. erwarteten. Dazu trug in den ersten Jahren nach der Friedlichen Revolution weniger so manches reale Defizit unseres Systems bei als vielmehr jener Wechsel, den die Ostdeutschen bei der für sie relevanten Vergleichsgruppe gleich nach der Wiedervereinigung vornahmen: Nicht länger maßen sie sich an der Bevölkerung anderer ehemals realsozialistischer Staaten, sondern an den Bürgern Westdeutschlands. Die aber konnten sie im Durchschnitt realistischerweise nicht einholen – zumal dann nicht, wenn es auch im Westen des Landes zu weiteren Wohlstandsgewinnen kam. Seit 1994, und erst recht nach 2002, wurden außerdem die Rückbaunotwendigkeiten des deutschen Sozialstaates offensichtlich, seit 2003 auch mit der Agenda 2010 angegangen. Das bestärkte dann erst recht das ohnehin nie vollends vergangene „Fremdeln“ vieler Ostdeutscher mit dem bundesdeutschen System.

Zweitens verwenden viele Bürger der neuen Bundesländer einen von westdeutschen Selbstverständlichkeiten markant verschiedenen und dem bundesdeutschen System auch nicht angemessenen Demokratiebegriff, anhand dessen sie die Leistungen dieses Systems beurteilen: Statt in erster Linie Freiheit und Eigenverantwortung erwarten sie von der Demokratie soziale Gleichheit und Sicherheit – was beides aber angesichts unserer notgedrungen rückbauenden Sozialreformen weniger denn je in Aussicht gestellt werden kann. In dieser Lage dienen dann auch noch eine idealisierte Sozialismusvorstellung sowie ein geschöntes Bild von der DDR als zusätzliche Maßstäbe des Urteils. Dieses kann für die bundesdeutsche Ordnung darum gar nicht sonderlich gut ausfallen.

Drittens schlagen Logik und Wirkungsweise massenmedialer Darstellungslogik durch. Vor allem prägt der den Massenmedien notwendigerweise eigentümliche Negativismus („Vor allem schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten!“) zumal das Fernbild sozialer Wirklichkeit: Außerhalb der eigenen Lebenswelt wirkt so gut wie alles schlechter als im eigenen sozialen Nahbereich. Auf eben die Einschätzung der allgemeinen Lage, deren Bild allein durch die Massenmedien vermittelt wird, und somit geprägt von deren Negativismus, gründet sich aber das allgemeine Urteil über die Lage im Land und über den Wert von dessen demokratischer Staatsform. Negative Einschätzungen verschärfend tat der jahrelange und nicht selten agitatorische Populismus der PDS/Linkspartei das Übrige, um ein schlechtes Bild von unserer Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu zeichnen. Rechter Extremismus fährt nun als Ernte ein, was im Kampf gegen „Kohls Wiedervereinigung“ oder gegen die „sozial ungerechte“ Agenda 2010 mit großem Eifer gesät wurde.

Abgerundet werden alle diese Effekte – viertens – durch den folgenreichen Trotz loyaler DDR-Bürger in Tausenden von Alltagsgesprächen. Gerade sie aber prägen in Ostdeutschland das Bild von der politischen Lage.⁹ Im Grunde freut es Millionen von Bürgern der neuen Bundesländer, „dass auch die Besserwessis nur mit Wasser kochen“ – womit der Gegenstand ostdeutscher Klagen überdies zur Quelle klammheimlicher Befriedigung wird. Das fällt besonders dort ins Gewicht, wo von politischer und gesellschaftlicher Macht ausgegrenzte Träger des SED-Staates durch die auf der Faktenebene doch ganz unbestreitbare Leistungsfähigkeit des neuen Systems nachgerade gedemütigt werden: Sind denn nun nicht viele jener Probleme gelöst, an denen sich die SED-Elite ganz erfolglos versuchte – vom mangelnden Wohnraum über eine unzureichende

Versorgung mit Gütern des gehobenen Bedarfs bis hin zu solcher Reisefreiheit, die sich nicht gleich in Republikflucht niederschlägt?

Was ist angesichts dieser vier Ursachenkomplexe wohl zu tun, um die Konsolidierung der Demokratie in den neuen Bundesländern weiter voranzubringen? Zunächst einmal muss der – alles in allem – erfolgreiche wirtschaftspolitische Kurs Deutschlands, wenn auch unter gewissen Detailkorrekturen, beibehalten werden. Sodann muss unser Staat den Erwartungen an seine sozialen Sicherungsleistungen weiterhin gerecht werden – und zwar nicht nur faktisch, sondern auch rhetorisch: Es muss schon auch gegen allerlei schlimmzeichnende Propaganda vermittelt werden, wie viel an anderswo schmerzlich vermisster Lebensqualität und Sicherheit unsere Sozialsysteme trotz aller Sparmaßnahmen immer noch gewährleisten. Ferner gilt es, den Kampf um eine den Tatsachen entsprechende Deutung und Bewertung der DDR wenn schon nicht erst aufzunehmen, so doch zu intensivieren: Es darf einfach nicht dazu kommen, dass in unbemerkter Selbstverständlichkeit die DDR überall dort zum hoch zu lobenden Gegenmodell der Bundesrepublik Deutschland wird, wo es nicht gerade um das Ministerium für Staatssicherheit oder um die Unzulänglichkeiten der Planwirtschaft geht. Schließlich – und wirklich nicht zuletzt – ist mehr als bislang in die politische Bildungsarbeit zu investieren. Andernfalls wird sich nämlich weder das zur Einschätzung der so komplizierten Staatsform der Demokratie nötige Hintergrundwissen sichern noch für angemessene Bewertungsmaßstäbe der bundesdeutschen Demokratie sorgen lassen. Landespolitiker haben sich zu diesem Zweck der umsichtigen Qualitätssicherung von politischer Bildung an Schulen, Hochschulen und Landeszentralen für politische Bildung zu widmen; und Bundespolitiker sollten die politisch-bildnerischen Möglichkeiten der parteinahen Stiftungen ausbauen sowie gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung darauf ausgehen, ebenfalls unter Journalisten und Medienverantwortlichen Bewusstsein für gerade auch deren politisch-bildnerische Aufgabe zu schaffen. Obendrein wäre viel gewonnen, würden sich möglichst viele (Spitzen-) Politiker darum bemühen, den Millionen von Bürgern, die sie im Laufe eines Jahres auf verschiedene Weise erreichen, besser als bislang den Wert und das Funktionieren unserer Demokratie zu erklären – nicht nur, aber gerade auch in Deutschlands neuen Bundesländern.

- 1/ Vgl. Patzelt, Werner J.: *Politische Kultur und innere Einheit. Eine Bilanz der Wiedervereinigung*. In: Michael Borchard (Hrsg.): *Politische Kultur in den neuen Ländern. Zum Stand der inneren Einheit – eine Zwischenbilanz*. – Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2007. – S. 7-42.
- 2/ Scheuer, Angelika: *Demokratiezufriedenheit in Deutschland sinkt unter EU-Niveau*. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren 33 (2005) 1.
- 3/ Siehe – mit weiteren Literaturhinweisen – Patzelt, Werner J.: *Warum verachten die Deutschen ihr Parlament und lieben ihr Verfassungsgericht? Ergebnisse einer vergleichenden demoskopischen Studie*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 36/2005, S. 517-538.
- 4/ Deth, Jan W. van (Hrsg.): *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002-2003*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004. – S. 237, 240; Patzelt, *Warum verachten die Deutschen ihr Parlament*.
- 5/ Siehe Schröder, *Die veränderte Republik*, S. 511.
- 6/ Siehe ebenda, S. 505.
- 7/ Fürnberg, Ossip / Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias: *Sachsen-Anhalt-Monitor 2007. Politische Einstellungen zwischen Gegenwart und Vergangenheit*. – Halle/Wittenberg: Institut für Politikwissenschaft und Japanologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 2007. – S. 22.
- 8/ Ebenda, S. 27.
- 9/ Vgl. Donsbach, Wolfgang: *Möglichkeiten der Veränderung des politischen Klimas in den neuen Ländern. Welche Kommunikationsformen mit dem Wähler sind erforderlich? Empfehlungen an die Politik*. In: Michael Borchard (Hrsg.): *Politische Kultur in den neuen Ländern. Zum Stand der inneren Einheit – eine Zwischenbilanz*. – Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2007. – S. 43-59.